

Die große Europäische Reformation

Vortrag am Gorki-Theater, 21. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich wirklich sehr, hier und heute am Gorki-Theater über die Reformation Europas sprechen zu dürfen. Was für eine großartige kuratorische Idee, die das Gorki da hatte, drei Reformatorinnen zu befragen, nach der Reformation Deutschlands, Europas und der Welt! Natürlich im Luther Jahr, was sonst?

Bei der Erwähnung des Namens Luthers indes wird einem etwas mulmig. Zum einen natürlich, weil der Vergleich vermessen wäre; zum anderen, weil einem all die unangenehmen Dinge hoch kommen, die Luther gemeinhin so nachgesagt werden: seine Radikalität und seine Wutausbrüche, seine Rabiathheit und seine Verwegenheit, sein tagelanges sich-Einsperren und seine

Asozialität: müssen Reformatoren bzw. Reformatorinnen so unangenehm sein? Ich hoffe natürlich nicht.

Bleiben wir einen Moment bei Luthers Radikalität. Radikal heißt im Wortsinne *back to the roots*, zurück zu den Wurzeln. Ohne, dass ich Kirchenhistorikerin wäre oder große Ahnung von der Reformationsgeschichte hätte, so scheint mir doch, dass genau das Luthers Anliegen gewesen ist: die katholische Kirche gleichsam von Entartung, von ihrem Wildwuchs zu befreien, sie auf ihre Wurzeln zurück zu stützen, so wie man das bei Rosen oder Weinreben macht, damit sie besser wachsen. Anders formuliert: die Kirche zu ihrem Kernanliegen zurück zu führen, nämlich dem Glauben, und dies möglichst schmucklos, ohne viel Ornament und zwar so, dass die Gläubigen, die einfachen Leute, wieder Gefallen an der Kirche finden und nicht mehr von ihr ausgenutzt werden: Die Beendigung des Ablasshandel, die Aufhebung des Zölibates, Messen und die Bibel auf Deutsch statt Latein, nicht nur das Brot, die Hostie, sondern auch den Wein teilen, dies waren die vier ganz großen Errungenschaften,

um die Kirche unten, beim gemeinen Volk, ganz neu zu verankern, um vom Pomp der Katholischen Kirche bei der Schlichtheit der Evangelischen Kirche anzukommen.

Und hier könnte man tatsächlich mit einem Vergleich ansetzen, denn so gesehen, bin ich dann auch radikal, indem ich Europa zu seinen Wurzeln zurückführen möchte, denn Europa bedeutet die Überwindung der Nationalstaaten. In aller Kürze, geht es mir bei Europa um einen ähnlichen Paradigmenwechsel: weg von der EU, den Vereinigten Staaten von Europa, hin zur Europäischen Republik. Weg mit dem Wildwuchs, einem Bürokratiegeflecht, das keiner mehr durchdringt; statt dem Ornament europäischer Trilogie aus Kommission, Rat und Parlament ein einfaches Zweikammersystem, damit das Volk, die Gläubigen des europäischen Projektes, wieder Gefallen an Europa finden; weg mit dem Pomp, den EU-Ratssitzungen, hin zur Gewaltenteilung; weg mit dem Ablasshandel, der europäischen Sparpolitik, hin zu einer demokratischen und sozialen Eurozone, die sich um das Gemeinwohl der

europäischen Bürger kümmert, damit die Bürger nicht mehr von Europa in ihren sozialen Rechten ausgenutzt oder betrogen werden; weg mit nationalstaatlicher Souveränität, die in Europa alles blockiert; weg mit dem Weihrauch der EU, jenen Sonntagsreden, in denen ‚mehr Europa‘ gepredigt wird, hin zu einer gelebten, partizipativen europäischen Demokratie, bei der auch die Bürger von dem Wein der phönizischen Prinzessin Europa trinken dürfen. Kurz: ein Europa, in dem vor allem eins gilt: alle Bürger sind gleich vor dem Recht, also bei Wahlen, bei Steuern und in ihrem Zugang zu sozialen Rechten jenseits von nationalen Grenzen. Und ein Europa, in dem sie, die Bürger, nicht der Rat, der Souverän des politischen Systems sind. Eine radikalen Entschlackung also, um das europäische Projekt wieder in die Hände des *populus* und nicht von Regierungschefs zu legen. Das wäre in aller Kürze mein Programm für die große Reformation Europas! Und ähnlich Luther, der die Kirche entschlacken, stutzen wollte, so möchte ich eigentlich nichts anderen anbieten als die Rückführung (oder vielmehr

Hinführung) der europäischen Demokratie auf die zwei Grundsätze, die wir für nationale Demokratien nie in Frage stellen würden: die Bürger sind gleich vor dem Recht und es gilt Gewaltenteilung. Mithin geht es gar nicht um Radikalität, sondern um Binsenweisheiten.

Warum Europa also eine Republik werden muss, wir dahin kommen und warum das gar nicht schwer ist, das will ich in den kommenden 30mn kurz erläutern, freilich nicht mit 95 Thesen und Hammerschlägen, sondern in drei Schritten.

- **Warum brauchen wir die Europäische Republik?**
- **Wie kommen wir dahin?**
- **Warum das nicht so schwer ist**

Und heute muss das wohl auch nicht mehr eingemeißelt, sondern nur in 140 twitter-Zeichen gegossen werden, um daraus eventuell eine Bewegung zu machen, von Kirche wollen wir ja nicht reden. Los geht's!

Doch zunächst noch die Vorbemerkung: was sie hier im Loop hinter mir sehen, ist die Video-Installation von Valeska Peschke, „Umstülpen, der Europäischen Vulkan“. Er wurde als Kunstinstallation an der Donau-Universität von Frau Peschke kuratiert, die vom Land Niederösterreich gefördert wurde. Der Vulkan symbolisiert die Bewegung des Umstülpens: von katholischer zu evangelischer Kirche; von der EU zur Europäischen Republik und er zeigt vor allem eins: wie leicht und luftig das gehen kann. 12 Minuten nur dauert das Aufblasen. Der Vulkan ist de facto das Cover von meinem Buchs zur europäischen Republik, das Valeske Peschke entworfen hat und in ihm verschmelzen die Farben aller europäischen Nationalstaaten zu einem luftigen Gebilde, dem europäischen Vulkan. Im Gegensatz zur blauen Fahne der EU aber wird hier nichts bis zur Unkenntlichkeit verschmolzen, sondern jeder erkennt sich, seine Farben, seine Ursprung wieder: Europa, das

sind wir alle! Jede Farbe wird gebraucht, damit Europa so bunt wird.

Der Vulkan wiederum geht zurück auf den Barcode, den der niederländische Architekt Rem Koolhaas 2002 entworfen hat: eigentlich sollte dieser Barcode aus Nationalflaggen, die hintereinander aufgereiht werden, die Euro-Scheine schmücken, aber das war den Deutschen damals zu peppig, also gibt es jetzt die Brücken. Und diesen Barcode habe ich 2012 genommen, als ich jene Postkarten entworfen habe, die im Grunde dem Buch den Weg bereitet haben: „*The European Republic is under construction*“.

Mitten in der Eurokrise 2012 habe ich diese Postkarten überall mit mir herumgeschleppt und immer beobachtet, wie Leute darauf reagieren und die Reaktion der meisten Leute war eine emotional positive: *Ach, guck mal, wie süß!* Vielleicht ist das ja wie die ersten Pamphlete von Luther, die sich die Leute auch herumgereicht haben: schau mal: Kirche geht ja ganz *anders*....und das sprach sich dann herum.

Paradigmenwechsel fängt mit *reframing* an: interessanterweise steht ja auch hier der *Rahmen* auf den Postern zur heutigen Veranstaltung, oder auf der Bühne, im Mittelpunkt: Wie eine Sache gerahmt ist, ist ganz wichtig und bestimmte Begriffe sind dafür ausschlaggebend. Denn es macht einen Unterschied, ob ich von Vereinigten Staaten von Europa oder von Europäischer Republik spreche. Im ersten Fall erwarte ich von den Staaten, dass sie sich vereinigen – und bin weitgehend passiv. Im anderen Fall, der Europäischen Republik, bin ich als europäischer Bürger selbst das historische Subjekt, das Europa hervorbringen muss: die Rolle ist eine aktive, keine passive. *Nous ne coalisons pas des états, nous unissons des hommes*, sagte Jean Monnet. *Wir integrieren nicht Staaten, sondern wir einen Menschen*. Wenn Menschen sich aber gemeinsam auf ein politisches Projekt einen, dann machen sie keine Vereinigung von Staaten, sondern sie begründen eine Republik.

Mit der begrifflichen Änderung, mit der sprachlichen Setzung „Europäische Republik“ habe ich also ein *reframing* des

europäischen Projektes vorgenommen, oder, um mit Judith Butler zu sprechen, einen Sprechakt getätigt. Und der Sprechakt hat Funken geschlagen, hat sich herumgesprochen, und zwar gerade zu der Zeit, als die blaue Fahne der EU vor der EZB in Frankfurt 2012 vor allem von Jugendlichen aus Südeuropa verbrannt wurde. Europa war reif für eine Reformation! Und das ist bei Luther, der bekanntlich gesagt hat: *man muss dem Volk auf's Maul schauen*. Und so wie damals das Volk eine *andere* Kirche wollte, so wollen heute viele ein *anderes* Europa...

Schritt I: warum brauchen wir die Europäische Republik?

Was nun ist der Unterschied, ob ich von Vereinigte Staaten von Europa oder von Europäischer Republik spreche? Die Antwort ist die Frage, wer ist der Souverän. Alle Souveränität geht vom Volke aus und kommt so schnell nicht wieder, heißt ein *bonmot*

von Kurt Tucholsky. Heute ist unsere Souveränität mit Blick auf Europa beim EU-Rat verschwunden sowie Schiffe in einem Bermuda-Dreieck verschwinden. Ständig wird in Europa etwas entschieden, das alle betrifft, aber keiner ist verantwortlich, keiner kann abgewählt werden, keiner tritt zurück und es gibt fast keine Opposition. Hier in Deutschland hat man davon wenig mitbekommen, in Griechenland umso mehr: *You can always vote, but you have no choice*, so sagt es Colin Crouch. Der europäische „Exekutiv-Föderalismus“, um Jürgen Habermas zu zitieren, ist in den Händen der EU-Staaten, die zentralen politischen Entscheidungen sind nicht einem europäischen Parlament überantwortet. Anders formuliert: die Bürger sind nicht der Souverän des Systems und leider hat Boris Johnson hier recht, wenn er vor dem Brexit immer sagte: *I am not in control*.

Lange hat man gesagt, die EU sein ein System *sui generis*, eben jenes Dreigestirn aus Rat, Kommission und EP, wobei die Kommission eben keine Regierung ist (sondern Hüterin der

Verträge, was eigentlich die Rolle eines Gerichtshofes ist), und das EP nicht der eigentliche Gesetzgeber, weil es nicht das Initiativrecht hat, und der Rat die Exekutive ist, die indes nicht von einem Parlament kontrolliert wird. Damit wird das Prinzip der Gewaltenteilung auf europäischer Ebene gleich mehrfach durchbrochen – und die Entscheidungen empfinden weite Teile der europäischen Bevölkerung dann nicht mehr als demokratisch. Mein Angebot zur europäischen Reformation ist nun genau das: wenden wir doch unsere klassischen demokratiethoretischen Paradigma, in diesem Fall das Prinzip der Gewaltenteilung, auf Europa an.

Wie könnte das aussehen? Stellen wir uns mal vor, wir ziehen die nationalen Grenzen aus der europäischen Landkarte heraus wie Abnäher aus einem Kleid und lassen den Stoff wieder fließen. Dann nehmen wir als politische Verwaltungseinheiten für den neuen politischen Körper Europa die alten europäischen

Kulturregionen wie etwa Böhmen, Wallonien, Savoyen, Schottland oder Tirol (Bayern natürlich 😊)

Heimat ist Region, Nation ist Fiktion, sagt der österreichische Schriftsteller Robert Menasse, Nationen sind politische Konstrukte. Das entspricht dem heutigen Bedürfnis nach Identität, Heimat, Regionalität und Dezentralisierung. Auch ökonomisch wäre die Aufwertung der Regionen im politischen System Europas vorteilhaft, hat sich doch der Rechtspopulismus europaweit vor allem in den ländlichen Regionen eingenistet, die von der EU am wenigsten profitiert haben.

Einheiten von rund 8-15 Mio Personen sind übrigens für politische Einheiten die „optimale Betriebsgröße“, *small is beautiful*. Die Europäische Republik wäre dann, wie Montesquieu das verlangt, eine Föderation von kleinen, gleichgroßen Einheiten, die unheilvolle Dominanz von großen Staaten, insbesondere Deutschlands, in den heutigen Strukturen der EU würde wegfallen.

Aus diesen europäischen Regionen schaffen wir ein Zweikammersystem jenseits von Nationalstaaten. In die zweite Kammer könnten die rund 50 europäischen Regionen als konstitutive Träger der Europäischen Republik je zwei Senatoren entsenden, die einen europäischen Senat bilden; das neue europäische Abgeordnetenhaus würde wiederum von allen Europäer*innen in direkter, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Dazu könnten man, wie jetzt schon in vielen Wahlprogrammen aufgeführt, einen europäischen Präsidenten direkt wählen, der eine einheitsstiftende Wirkung für das politische System in Europa hätte. Fertig ist die Europäische Republik! Ein politisches System mit *Checks and balances*, bei dem es nicht um Zentralisierung, sondern um Gewaltenteilung geht, in dem nationale Zugehörigkeit indes keine Rolle mehr spielt. Die große europäische Reformation!

Dies zu fordern ist überhaupt nicht radikal, auch das gilt es zu betonen! Nicht nur in den 40er Jahren, sondern seit dem sogenannten *European Electoral Reform Act* von 1976, durch den

1979 die ersten Direktwahlen zum EP möglich wurden, arbeitet das EP an genau diesem Ziel: Wahlrechtsgleichheit!ⁱ Generationen von Politikern haben sich ihr gewidmet, angefangen mit dem berühmten Altiero Spinelli. Seit seiner Direktwahl versucht das EP, das verfassungsrechtlich schon verankerte *European Citizenship* zu verwirklichen, und jetzt ist hoffentlich die Stunde der europäischen Reformation gekommen, in der vor allem die Erasmus-Generation das endlich einmal schaffen muss: eine normativ unterfütterte europäische Staatsbürgerschaft, beginnend mit Wahlrechtsgleichheit, zur Herausbildung eines gemeinsamen politischen Körpers in Europas.

Es wäre nicht der erste Versuch in der Geschichte, dies zu bewerkstelligen. Es war im Gegenteil genau das, was die europäischen Föderalisten der ersten Stunde vor Augen hatten: In den 40er Jahren, gab es, von Norwegen über Tschechien bis Italien nur ein Bemühen: Europa nicht wieder auf den

Grundmauern eines überlebten Systems mit sakrosankter nationalstaatlicher Souveränität aufzubauen. Geprägt vom Geist der *Résistance*, formulierten die damaligen vor allem französischen und italienischen Aktivisten schon 1942: „*An der Stelle eines Europas, das unter der Knute eines von seiner Macht berauschten Deutschlands nicht geeint, sondern geknechtet ist, werden wir gemeinsam mit den anderen europäischen Völkern ein geeintes, auf der Grundlage gleichen Rechts organisiertes Europa in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufbauen.*“ Die direkte Anknüpfung an die französische Revolution, der Wunsch, ihr Erbe zu europäisieren, war schon damals immanent und das eigentliche Ziel Europas. Ungezählte europäische Bewegungen versuchten in der Zeit, als die europäische Geschichte noch offen war, also zwischen 1945 und 1949, aus ihren Konzepten reale Politik zu machen. Exemplarisch hierfür mag die „Hertensteiner Program der Europäischen Föderalisten“ vom September 1946 gelten. Vorschläge, in ganz Europa *ein* Parlament mit Wahlrechtsgleichheit und Wahlkreisen mit einem Volksvertreter

pro 1 Million Wählern zu wählen, lagen bereits damals auf dem Tisch.

Und darum noch einmal: nein, es geht nicht um die „Vereinigten Staaten von Europa“, und auch nicht um die vieldiskutierte „Kompetenzabgabe“ an die europäische Ebene, um die sich die souveränen EU-Mitgliedsstaaten indes stets erfolgreich herummogeln. Es geht auch nicht um Zentralisierung. Sondern es geht um die Verortung der politischen Macht bei den europäischen Bürgern, und die Artikulation derselben in einem europäischen System von *checks and balances*, jenseits von Nationalstaaten. Die europäische Reformation hätte wie bei Luther das Ziel: *Back to the roots*, zurück zu den Wurzeln oder wie Stefan Zweig immer sagte: Die Essenz des europäischen Geistes lautet: keine Distinktion nach Nationalität!

II. Wie kommen wir dahin?

2015 hat der Philosoph Giorgio Agamben ein Buch veröffentlicht: „*Stasis. Der Bürgerkrieg als politisches Paradigma*“. Er beschreibt darin den Zerfall von politischen Körpern, in denen der eine Teil der Bürger nicht mehr für sich in Anspruch nehmen kann, den politischen Körper in seiner Gesamtheit zu vertreten. In dieser Krise der Repräsentation stehe eine Menge von Bürgern gegen eine andere. Die beiden Mengen wollen etwas grundsätzlich anderes und keine ist mehr „das Volk“. Diese Situation entstehe in Zeiten institutioneller Stockung oder Stauchung, was im altgriechischen „Stasis“ heißt, übersetzt mit ‚Bürgerkrieg‘.

Auch die EU befindet sich in einer institutionellen Stockung. Die EU hat sich und ihre Rechtsnormen nicht mehr weiter entwickelt und überfällige gesellschaftliche Entwicklungen nicht befördert, z.B. mit Blick auf ihre parlamentarische Legitimität. In der Konsequenz hat sich ein zunehmend großer Teil der Bürger europaweit gegen die die EU und gegen den Euro

gestellt. Damit steht in vielen europäischen Ländern Menge gegen Menge: PiS-Partei gegen Abtreibungsbefürworter in Polen, Orban-Regierung gegen Demonstranten in Ungarn, die sich gegen die Schließung der Central European University wehren. Der rechtskonservative Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, der jetzt im Kabinett Macron ist, sagte kürzlich: *„Zwischen Emmanuel Macron und mir und gibt es politische Unterschiede. Aber Marine Le Pen und ich, das ist unversöhnlich.“*

Was aber machen wir in Demokratien, in denen es unversöhnliche Bruchstellen zwischen Bürgern gibt? Was ist die Zukunft der repräsentativen Demokratie? Wer kann beanspruchen, das Volk zu repräsentieren? Sind jetzt die ‚Brexiters‘ das britische Volk – oder die Brexit-Gegner? Vertreten die Pegida-Leute das deutsche Volk oder doch eher die Pulse-of-Europe-Bewegung?

Wir erleben zurzeit nicht, wie uns weisgemacht wird, eine Renationalisierung, sondern den Zerfall der europäischen Demokratien als politische Körper und eine Spaltung der

Bürger. Die Krise der Repräsentation spaltet die europäischen Nationen. Mit dem klassischen Links-Rechts-Schema der Parteiensysteme Westeuropas hat das nichts zu tun, der Riss geht nicht durch die Parlamente, er geht quer durch die ganze Gesellschaft, teils mitten durch Familien.

Ich persönlich habe mehr gemein mit einem Polen, der gegen die PiS demonstriert als mit einem Deutschen, der bei Pegida mitläuft. Hier aber liegt die Geburtsstunde eines neuen politischen Körpers für Europa, in dem die nationale Zugehörigkeit nicht mehr das Kriterium ist. Es geht darum, sich die große historische Bewegung der nationalen Spaltung für die Neubegründung eines politischen Körpers in Europa zu Nutzen zu machen. Sie macht die Tür auf zur Europäischen Republik! Die politische Einigkeit wird in einem größeren politischen Körper jenseits von Nationen gesucht, das nenne ich – in Analogie zur Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts, den **europäischen Vormärz!**

Wenn der Rechtspopulismus eine Reaktion auf die Unzulänglichkeiten der europäischen Institutionen ist, dann müssen diese ergänzt und verändert werden: ein europäischer Markt, eine europäische Währung, *eine* europäische Demokratie muss jetzt das Ziel sein. Innerhalb Europas dürfen nicht mehr Bürger gestellt und zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Darum muss in einer europäischen Demokratie der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatzes gelten, also Gleichheit bei Wahlen, Gleichheit bei Steuern und gleicher Zugang zu sozialen Rechte für alle europäischen Bürger. *Politics tops nation*, Politik kommt vor Nation, die europäischen Bürger sind gleich vor dem Recht, das wäre die große Europäische Reformation. Es gilt, die derzeitige Spaltung der Nationen durch die Demokratisierung Europas zu überwinden.

Die Politikwissenschaft hat die transzendierende Wirkung von Wahlrechtsgleichheit für Gesellschaften gut durchforscht: in *Le Sacre du Citoyen* beschreibt der französische Soziologe Pierre Rosanvallon anschaulich die Wirkung des

Gleichheitsversprechens auf Gesellschaften, das am Ursprung jeder demokratischen Revolution zu finden ist. Das rechtliche Prinzip hat eine symbolische Wirkung, das seine universalistische Integrationsmacht dann nach und nach entfaltet. Die Bürger fühlen sich als Einheit eines politischen Kollektivs. Genau das ebnet den Weg zur Neubegründung eines politischen Körpers in Europa und der wiederum ist die Voraussetzung für jede Demokratie. Das individuelle, gleiche Wahlrecht war in den verschiedenen historischen Epochen immer schon Ausdruck einer gesellschaftlichen Modernisierung – und nichts brauchen wir in Europa heute dringlicher als das.

Anstatt also auf die Nationalstaaten und ihre Regierungschefs zu schauen und darauf zu warten, dass sie Europa integrieren oder ‚*mehr Europa*‘ realisieren, sollten wir uns über die Forderung nach Wahlrechtsgleichheit in einen dynamischen Prozess begeben, der uns zu Europäern *macht*, der einen politischen Körper Europa neu begründet und der die Tür zur europäischen Demokratie öffnet.

Nun dürfte sofort der Einwand kommen, dass das die großen, einwohnerstarken Staaten, allen voran, Deutschland, übervorteilen würde, gegenüber den kleinen wie Luxemburg oder Malta. Aber das ist ja genau der Punkt: *Politics tops Nation*: stimmen denn etwa alle Deutsche gleich ab? Wir hätten perspektivisch ein Parlament, in dem das Politische in Europa endlich über die Nationalität gestellt werden könnte. Politik über Nationalität zu stellen ist natürlich auch das Begehren des EP. Aber das EP ist einerseits nicht der Gesetzgeber der EU, andererseits beruht es eben nicht auf Wahlrechtsgleichheit. Es ist heute nicht der *Locus* der europäischen Demokratie, genau weil es nicht in allgemeiner und gleicher Wahl gewählt ist und mithin den Souverän Europas, die europäischen Bürger*innen, nicht angemessen repräsentiert. Genau dies ist übrigens im Kern die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe und seiner berühmten „solange“-Rechtsprechung: solange das EP nicht ‚richtig demokratisch‘ ist, und zwar weil der politische Körper, aus dem es geformt ist, nicht gleich ist in den

Modalitäten der Wahl - die europäischen Bürger dort also nicht nach dem Prinzip „*eine Person, eine Stimme*“ repräsentiert werden - kann die legislative Gewalt nicht dem EP überantwortet werden. Wahlrechtsgleichheit ist damit der erste Schritt zur europäischen Demokratie und das sensibelste und zentralste Element ist: *eine Person, eine Stimme* – denn bisher gibt es eine Stimmengewichtung nach Nationalität im EP. Genau dies wäre der Sprung in eine Europäische Republik und der Startschuss für eine europäische Staatsbürgerschaft. Wenn wir der europäischen Demokratie Richtung und Zukunft geben wollen, müssen wir genau hierauf drängen. Die Stimmengewichtung gehört, wie in allen föderalen Systemen der Welt, in die zweite Kammer.

III. Warum das nicht so schwer ist

Von einem früheren Einheitswunsch und Freiheitsgedanken getragen, im Nachklang der Französischen Revolution, verfasste Johann Gottlieb Fichte 1808 seine »Reden an die deutsche

Nation«, die es damals noch gar nicht gab. Fichte nahm sozusagen den vom irischen Politikwissenschaftler Benedict Anderson eingeführten Begriff der *imagined community* vorweg, der »vorgestellten Gemeinschaft«, die im Kopf anfängt, bevor sie Wirklichkeit wird. Nationen, so sagte jüngst Colin Crouch, der erst vor zwei Wochen hier am Gorki sprach, sind politische Konstrukte. Auch Europa fängt darum im Kopf an, die europäische Reformation, die politische Einheit Europas entsteht erst im Kopf, dann erst können wir sie *realiter* auch machen. Die Rede der europäischen Einigung haben wir schon: Es ist jener komplett gegen den Zeitgeist gebürstete *Discours à la nation Européenne* von Julien Benda, verfasst 1932 unter Bezugnahme auf Fichte und den deutschen Idealismus. Auch hier ist Nation als Chiffre für Einheit zu lesen und nicht nationalistisch.

Diese Rede gilt es heute wiederzuentdecken, als Warnung vor den politischen und zivilisatorischen Folgen eines Bedeutungsverlusts des humanistischen Wertekanons. Sie ist im

Grunde eine Abrechnung mit der säkularisierten Moderne, wie sie aktueller nicht sein könnte. Eine Relativierung moralischer Prinzipien kommt für Benda im Sinne des europäischen *Geistes* nicht in Frage. Auch könne Europa nie durch wirtschaftliche Kooperation allein erzielt werden. Das »Zurück-zum-Binnenmarkt«-Szenario des Jean-Claude Juncker hätte befremdendes Kopfschütteln ausgelöst. Bendas Rede ist im Gegenteil eine Regieanweisung für die politische Integration.

Fichtes Begehren war es, den Impuls von *Liberté, Égalité, Fraternité* auf das deutsche Einheitsstreben zu übertragen. Seine Reden initiierten einen nationalen Aufbruch, der spätestens mit dem Hambacher Fest 1832 zu einer emanzipatorischen Bewegung wurde, und zwar von unten, getrieben von den Bürgern Deutschlands, so ähnlich wie sich heute die Bürger auf den Marktplätzen beim *#pulseofeurope* sammeln und für die europäische Einheit eintreten. Gesucht wird heute also ein europäisches Hambach, das in einen europäischen Vormärz mündet – als Aufbegehren gegen Kleinstaaterei und Reaktion!

Wie damals geht es heute um bürgerliche und zivilgesellschaftliche Opposition gegen die Restauration, um Einheit, Freiheit und Volkssouveränität. Die Stärke des Vormärz, die vom Hambacher Fest ausging, bestand in der Sammlung einer großen – damals nationalen – Bewegung, die sowohl vom Gleichheits- als auch vom Freiheitsversprechen beflügelt war. Heute müsste es eine europäische Bewegung sein. Auch damals ging das nicht von heute auf morgen, der Prozess zog sich über Jahrzehnte hin, die Freiheit und Einheit der Bürger wollte errungen werden. Die demokratische Einheits- und Freiheitsbewegung gegen die Restaurationsbestrebungen der Heiligen Allianz mündete schließlich im Zuge der Revolution von 1848/49 in Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung in der Paulskirche. Von da war es noch ein weiter Weg zur Wahl des Reichstags des Norddeutschen Bundes 1867 mit einem damals in jeder Hinsicht revolutionären allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.

Genau das ist auch heute der Schlüssel für ein geeintes Europa: ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle europäischen Bürger, diesmal nicht nur jenseits von Ständen, sondern auch jenseits von Nationen. »Eine Person, eine Stimme« ist der nächste wichtige Schritt, wenn es gilt, auf unserem Kontinent eine politische Einheit zu begründen, die die wirtschaftliche und währungspolitische Einheit erst legitimiert. Erst dann kann das Europäische Parlament zum Sachwalter einer europäischen Demokratie werden, die ihren Namen verdient und deren Souverän die europäischen Bürger sind. Anders formuliert: Wir müssen das Erbe der französischen Revolution – *Liberté, Egalité, Fraternité* - europäisieren und die damals genommene Abbiegung in Richtung Nationalstaaten überwinden: Die Republik muss europäisch werden! Aus der *Bundesrepublik*, der *République Française*, der *Republik Österreich*, der *Repubblica Italiana* oder der *Rzeczpospolita Polska* etc. wird eine *Europäische Republik* durch allgemeine und gleiche Wahlen,

begründet auf dem Gleichheitsgrundsatz aller europäischen Bürger.

Um im historischen Vergleich zu bleiben: so wie es heute unerheblich ist, ob Sie aus Sachsen oder Hessen kommen, dafür, ob Sie bei den nächsten Wahlen zum Bundestag CDU oder Grün, FDP oder SPD wählen, so müsste es in der Europäischen Republik zukünftig unerheblich sein, ob man aus Finnland oder Portugal kommt, dafür ob man links oder rechts, konservativ oder grün wählt.

Wir schaffen kein demokratisches Europa, ohne zu üben. Europäischer Bürger zu sein muss man üben wie alles andere auch: Schwimmen, Radfahren oder Klavier spielen. *»Nur der Charakter der Bürger erschafft und erhält den Staat und macht politische und bürgerliche Freiheit möglich«*, schrieb Friedrich Schiller. Die europäischen Bürger brauchen also dringend eine Lernerfahrung, in der sie sich als gemeinsamen politischen Körper verstehen

lernen. Denn bekanntlich lernt man nicht nur kognitiv, sondern vor allem über Erfahrung, sonst würden nicht alle auf die Herdplatte fassen müssen. Erst wenn man durch Erfahrung lernt, dass das, was man übt, auch geht, und zwar immer besser geht, lässt man, wie beim Fahrrad, irgendwann die Stützräder weg, in diesem Fall den Nationalstaat. Dies wäre eine entscheidende Wegmarke, um das politische System in Europa von einer »Staatenunion«, die im Wesentlichen über einen nur indirekt legitimierten EU-Rat regiert wird, in eine wirkliche europäische Demokratie zu überführen. In ihr muss gelten: Die Bürger sind der Souverän, vor dem Recht sind alle gleich, das Parlament entscheidet, und es herrscht Gewaltenteilung. Es wäre die große Reformation Europas im Sinne des europäischen Geistes!

Aus der Stellschraube der Wahlrechtsgleichheit ergeben sich die nächsten Schritte der großen europäischen Reformation, nämlich jene, die europäische Staatsbürgerschaft aus zu buchstabieren.

Wir haben 1992 den Euro auf die Zeitschiene gesetzt und in drei Schritten – 1994 die Einführung des Europäischen Währungsinstitutes, 1999 die Festlegung der Wechselkurse und schließlich 2001 die Bargeldeinführung – die Währungsunion geschaffen. Innerhalb von 10 Jahren wurden von Lappland bis zur Südspitze der Algarve alle Geldautomaten mit Euros ausgestattet. Jeder europäischer Bürger*in hat daraufhin flugs eine IBAN Nummer bekommen. Dann soll es nicht möglich sein, in einem auf 10, 15, 25 Jahre angelegten Prozess dafür zu sorgen, dass wir von Tampere bis Thessaloniki Wahlrechtsgleichheit haben? Und dann einen Europäischen Pass, eine europäische ID und eine europäische Steuernummer bekommen? Und zuletzt eine europäische Arbeitslosenversicherung und ein europäisches Bürgergeld? Warum eigentlich nicht? Das wäre die Agenda des europäischen Vormärz und der Weg in die große Reformation Europas hin zum europäischen Geist! Wahlrechtsgleichheit als zentrale Forderung für die nächsten EP-Wahlen 2019 könnte ein großer

europäischer *Showdown* mit einheitsstiftender Wirkung werden. Wir hätten zwei Jahre Zeit, das vorzubereiten.

Wir würden dann nicht mehr allgemein über ‚*mehr oder weniger Europa*‘ schwafeln, sondern ganz konkret über Wahlrechtsgleichheit, eine europäische Arbeitslosenversicherung oder *European citizenship* streiten: ja oder nein? Das bisschen Übersetzung kriegen wir auch noch hin. Indien schafft es, eine Demokratie mit 29 Landesprachen, 17 Schriftsprachen und einer hohen Analphabeten-Quote zu organisieren, da können wir uns in Europa nicht ernsthaft auf ein Sprachenproblem berufen.

Ohne politische Gleichheit kein politischer Körper, ohne politischen Körper keine Demokratie, ohne Demokratie keine Gewaltenteilung, ohne Gewaltenteilung kein Parlament, ohne Parlament keine Repräsentation und ohne das alles kein geeintes Europa. Kurz: perspektivisch führt der Weg zu einer europäischen Demokratie und zu einer europäischen

Staatsbürgerschaft („*European citizenship*“) über den allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz.

Die normative, also rechtliche Gleichheit in Europa muss perspektivisch wichtiger sein als die Nationalität, und keine Partei, die sich Europa auf die Fahnen schreibt, dürfte etwas dagegen vorbringen.

Das Politische muss das Strukturmerkmal Europas werden. Das wäre ein europäischer Gesellschaftsvertrag für ein Europa des 21. Jahrhunderts jenseits von Nationalstaaten, in dem endlich aus einem Markt und einer Währung auch *eine* Demokratie wird. Aus dieser Krise, deren Zeitzeugen wir sind, kommen wir nicht gegeneinander heraus, sondern nur gemeinsam, so viel dürfte feststehen. Wir müssen den politischen Körper jenseits von Nationen in Europas neu begründen.

Gleiche Rechte für gleiche Bürger. Wir sind die BürgerInnen und Bürger Europas. *Vive la République Européenne!*